

Einsparungen jetzt!

Für Energiesouveränität und ein krisenfestes Ernährungssystem

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) verurteilt die kriegerischen Auseinandersetzungen und den Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine. Es ist erschütternd, dass Europa wieder einmal einen Krieg erlebt. Unsere Solidarität gilt allen Menschen in der Ukraine und denen die zur Flucht gezwungenen wurden. Unser Mitgefühl gilt all jenen, die nun bangen müssen, deren Leben nicht mehr das gleiche ist und die ihre Angehörigen oder Freunde verloren haben – in der Ukraine, in Russland und in allen Gebieten, die unter diesem Krieg leiden müssen.

Der Krieg in der Ukraine, als Teil Europas, ist eine große Bedrohung des Friedens und der Sicherheit auf dem gesamten Kontinent. Neben der Gefahr einer militärischen Ausweitung des Konflikts bis hin zu einer nuklearen Eskalation offenbart er auch die Bedrohung unserer Sicherheit in anderen Bereichen. In aller Deutlichkeit erfahren wir dieser Tage, wie verletzlich wir durch Abhängigkeiten in den Bereichen Energie und Ressourcen sind. Wir erleben, wie wertvoll der Einstieg in die Transformation der Landwirtschaft ist, um ein krisenfestes, weil ökologischeres Ernährungssystem zu erreichen.

Es braucht eine Zeitenwende im verschwenderischen Umgang mit Energie und die konsequente Ökologisierung der Landwirtschaft als Beitrag zur Unabhängigkeit und zur Ernährungssicherheit. Das sind wertvolle und wesentliche Beiträge zur Souveränität Deutschlands, aber auch zur Konfliktprevention. Sie sind darüber hinaus das Gebot der Stunde mit Blick auf die großen ökologischen Menschheitskrisen, die andauern werden und eine existenzielle Bedrohung unserer Lebensgrundlagen darstellen: die Klima- und die Biodiversitätskrise.

Agrarpolitik

Der Krieg Russlands hat Folgen für die Agrarpolitik. Die Ukraine galt vor dem Krieg als Kornkammer der Welt. Mehr als ein Viertel des Weizenbedarfs auf dem Weltmarkt wurde durch die Ukraine gedeckt. Die Folgen des Ausfalls der Ukraine als Exporteur von Weizen sind innerhalb der Europäischen Union voraussichtlich überschaubar, da die EU nur geringe Mengen aus der Ukraine importiert. Mit Sorge schauen wir jedoch auf mögliche Folgen in Ländern, die schon seit Jahrzehnten auf massive Nahrungsmittelimporte aus der Ukraine angewiesen sind, wie beispielsweise Libyen. Auch das russische Exportverbot für Ammoniumnitrat, ein Bestandteil von Stickstoffdünger, und die hohe Abhängigkeit von russischem Phosphatdüngern, betrachten wir wegen ihrer aktuellen Rolle in der konventionellen Landwirtschaft mit Sorge. Reflexartig wird nun angenommen, dass Deutschland und die EU die Ausfälle der Ukraine und Russlands durch eine Intensivierung der Landwirtschaft ausgleichen müssten, um globale Ernährungssicherung zu erreichen.

Hunger bleibt aber global gesehen ein Verteilungs- und Armutsproblem. Jedes Jahr verliert der Planet etwa zehn Millionen Hektar fruchtbaren Boden und der Boden-Burnout gilt auch für Europa. Auch in Deutschland nehmen die Humusgehalte landwirtschaftlicher Böden bundesweit ab. Unter dem Eindruck des Krieges rufen nun einige Politiker*innen in der EU, aber auch in Deutschland dazu auf, unter dem Vorwand der Ernährungssicherheit die Agrarwende und damit den Schutz von Boden, Wasser, der biologischen Vielfalt aufzuschieben. Diese Appelle sind verantwortungslos. Wir brauchen mehr Ökolandbau und mehr Ökologisierung in der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Das ist keine (Luxus-)

Option, sondern ein zwingender Beitrag zur agrarpolitischen Unabhängigkeit, Resilienz und letztlich auch zur Ernährungssicherheit.

Energiepolitik

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine steht die Energiepolitik Deutschlands auf dem Prüfstand. Denn Deutschland bezieht seine Energie zu einem sehr großen Anteil aus Russland, angeführt von Mineralöl- und Erdgas-Importen. Zusätzlich ist die EU auch beim Uran von Importen aus Russland und Kasachstan abhängig. Verlängerung der Atomlaufzeiten und „nachhaltige Erdgas- und Atomenergie“ über die EU-Taxonomie sind eine Sackgasse für die Energiesouveränität Europas. Kurzfristig wurde durch wirtschaftliche und politische Sanktionen Druck auf Russland ausgeübt, bspw. durch die temporäre Stilllegung von Nord Stream 2. Unabhängig von den aktuellen Sanktionen verdeutlicht die Situation, dass wir dringend die Frage stellen müssen, wie Deutschland unabhängiger von fossilen Importen werden und damit zu größerer Resilienz gelangen kann.

Es ist unerträglich, dass wir unseren Verbrauch an fossilen Energien in Zeiten von zerstörerischen Kriegen und ökologischen Krisen so fortsetzen. Alle Sektoren müssen ab sofort neu auf die Einsparung von Energie ausgerichtet werden. Zu lange wurde diese Grundlage der Energiewende in der Vergangenheit verhindert. Mit dem Klimaschutzsofortprogramm muss die Bundesregierung nun den sparsamen und effizienten Umgang mit Energie in allen Sektoren und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in größter Geschwindigkeit vorantreiben.

Es muss darum gehen, wo immer möglich Energieverbräuche dauerhaft zu senken. Dieses Ziel muss eine generelle politische Leitlinie werden. In den kommenden Monaten braucht es diesbezüglich jedoch eine besondere Kraftanstrengung, um den Winter 2022/2023 vorzubereiten. Sollten diese Maßnahmen keine ausreichende Wirkung zeigen und die Energieversorgung unmittelbar gefährdet oder gestört sein, dann kann die Bundesregierung die Deckung lebenswichtiger Bedarfe an Energie über das Energiesicherungsgesetz sichern. Etwa über Nutzung und Verteilung in der industriellen Verwendung.

In Krisen gemeinsam reagieren

Die Covid-Pandemie hat uns viel abverlangt. Sie hat aber auch gezeigt, zu was unsere Gesellschaft im Krisenmodus fähig ist. Wir können und müssen jetzt die Maßnahmen einleiten, die uns Energiesouveränität bringen, die Abhängigkeit von Importen deutlich reduzieren und gleichzeitig langfristig unseren gebeutelten Planeten stabilisieren. Es ist ohne Frage eine Herausforderung, nach allen sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen, die hinter uns liegen, einen erneuten Kraftakt zu unternehmen. Ohne diese Anstrengung schieben wir aber notwendige Schritte nur heraus. Wir können jetzt unsere Unabhängigkeit von Russland herstellen und dringend gebotene Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt einleiten. Dabei geht es nicht nur um die Bedrohung der Ukraine, sondern insgesamt mögliche Bedrohungen osteuropäischer Staaten.

Das vorliegende Ad-hoc-Maßnahmenpapier zeigt, welche Einsparungen aus Sicht des BUND kurz-, mittel- und langfristig notwendig sind, um in der aktuellen Situation zu reagieren und gleichzeitig den ökologischen Krisen zu begegnen. Es geht um die Wahrung unserer Lebensgrundlagen in Frieden und Sicherheit. Es geht um die Zukunft unseres Planeten.

Sektor	Maßnahmen mit direkter Wirkung	Zur Umsetzung bis zum Winter 2022 / 2023	Langfristige Weichenstellung
Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ab sofort Tempolimit 100 auf allen deutschen Autobahnen. 80 auf allen Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 innerhalb geschlossener Ortschaften ➤ Die sofortige Einstellung aller Kurzstreckenflüge von und zu deutschen Flughäfen, die per Zug mit ähnlichem Gesamtzeitaufwand erreichbar sind (unter vier Stunden Zugfahrt). ➤ Ein autofreier Sonntag im Monat auf allen deutschen Straßen mit Ausnahme definierter, systemrelevanter Fahrten. (beispielsweise Polizei, Rettung, Taxi, Reparaturdienstleitungen, Hilfsgüter und mobilitätseingeschränkte Personen.) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Einführung eines flächendeckenden 365-Euro-Tickets für den ÖPNV ➤ Zusätzlich dazu die Einführung eines günstigen Jahrestickets für Fernverkehr angelehnt an das Klimaticket in Österreich. ➤ Pkw-Grenzwerte & Anreizprogramm für kleinere energiesparende Autos (Abschaffung Dienstwagenprivileg, Anpassung Kfz-Steuer, Einführung Bonus-Malus beim Kauf) ➤ Pendelzulage statt Entfernungspauschale 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausbau öffentliche Verkehre und Anreize zur Nutzung, Einführung Pkw-Infrastrukturabgabe (Maut), Ausweitung der Schiene. ➤ Vollständige Umsetzung ein sozialökologischen Mobilitätswende mit einer deutlichen Reduktion der Zahl der Autos. ➤ Einer dauerhaften Verringerung der Mengen der transportierten Güter und der Verlagerung auf die Schiene.

Sektor	Maßnahmen mit direkter Wirkung	Zur Umsetzung bis zum Winter 2022 / 2023	Langfristige Weichenstellung
Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mehr Geld für das World Food Programme (WFP), um kurzfristig weltweite Versorgungsengpässe und humanitäre Krisen zu verhindern. ➤ Eine Reduktion von Stickstoffdünger um 20 Prozent für Weizen, Kartoffeln oder Mais ist möglich und wegen der Stickstoffüberschüsse aus notwendig. Die deutsche Landwirtschaft setzt zu viel Stickstoffdünger ein. AgrarökonomInnen fordern bereits länger eine Reduktion um 20 Prozent. Durch eine konsequente Nutzung von organischem Dünger ist kurzfristig auch externe Energieeinsparung möglich, denn entweder wird energieintensiver synthetischer Dünger mit fossilen Energieträgern in Deutschland oder Russland produziert. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die temporäre Reduzierung oder Aussetzung des verpflichtenden Anteils von Agrokraftstoffen würde in Deutschland rund 800.000 ha für andere Nutzungen bzw. extensive Landwirtschaft freimachen ➤ Änderung des Beschaffungsrechts für die staatliche Gemeinschaftsverpflegung (basierend auf den Empfehlungen der DGE) - Der hohe Konsum von Fleisch, Milch und Eiern verbraucht eine große Menge an Energie, Fläche und Wasser und ist ungesund. 60 Prozent des deutschen Getreides wird an Tiere verfüttert. Ernährungswissenschaftler*innen (DGE¹) empfehlen in Deutschland eine Halbierung. Die Regierung kann dies mit der Änderung des Beschaffungsrecht für die staatliche Gemeinschaftsverpflegung unterstützen. ➤ Flankierend ist eine flächengebundene Tierhaltung mit maximal zwei Großvieheinheiten gesetzlich festzulegen. Mit einer deutlichen Absenkung der Tierbestände wird zu rechnen sein und damit der Bedarf an Futtermitteln sinken, was wiederum Flächen für einen nachhaltigeren Anbau ermöglichen wird. Zur Finanzierung dieser Veränderung und der Absicherung von Landwirt*innen sind Mittel bereitzustellen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fortsetzung der mittelfristigen Programme und Entwicklung einer auf Resilienz ausgelegten Gemeinsamen Agrarpolitik, die weitestgehend auf fossilen Brennstoffe verzichtet.

¹ Deutsche Gesellschaft für Ernährung

Sektor	Maßnahmen mit direkter Wirkung	Zur Umsetzung bis zum Winter 2022 / 2023	Langfristige Weichenstellung
Gebäude	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eine bundesweite Kampagne sowie attraktive Förderangebote für Optimierungsmaßnahmen an bestehenden Heizungsanlagen (z.B. hydraulischer Abgleich, Anpassung der Vorlauftemperatur). So lassen sich mit geringen Kosten mehr als 20 Prozent Energie in Gebäuden einsparen.² ➤ Die Reduktion der Innenraumtemperaturen in allen öffentlichen Gebäuden auf 19 Grad. ➤ Förderstopp für den Einbau von Gasheizungen und sofortige Abschaffung von Förderstandards, die nicht mit dem 1,5 Grad-Ziel vereinbar sind: geförderte Modernisierungsmaßnahmen müssen den KfW-55 Standard erreichen (KfW-70 für Ausnahmen). ➤ Einführung eines Bonus für die Modernisierung besonders ineffizienter Gebäude 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Einführung von nationalen Mindesteffizienzstandards für Gebäude muss jetzt beschlossen und vorbereitet werden, damit ihre Einführung im Zuge der umfassenden GEG-Novelle in 2023 schnell, rechtssicher, klimazielfunkompatibel und sozialverträglich gelingt. Dazu zählt die flächendeckende Einführung von Bedarfsausweisen, sowie die Reform des Mietrechts und der Förderangebote, um eine warmmietenneutrale Umsetzung zu gewährleisten. ➤ Sicherung von mindestens 25 Mrd. Euro pro Jahr für die Modernisierung von Gebäuden. ➤ Im Zuge der angekündigten kleinen Novelle des Gebäude-Energie-Gesetzes sind Nachrüstpflichten durch geringinvestive Maßnahmen zu ergänzen und Ausnahmen von der Umsetzung zu streichen. Sollten dadurch soziale Härten entstehen, sind diese stattdessen durch gezielte Förderangebote abzufangen. Der Vollzug muss gestärkt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eine Kombination aus rechtlichen Vorgaben, Förderprogrammen und einer Anpassung des Mietrechts, mit der eine Modernisierungsrate von drei bis vier Prozent auf durchschnittlich KfW-55 Niveau erreicht wird. In Mietwohnungen müssen Modernisierungen dadurch warmmietenneutral gelingen ➤ Wir brauchen Um-Bauordnungen, die konkrete Vorgaben zur Prüfung, Klassifizierung und verpflichtenden Nutzung vom Gebäudebestand festlegen. Neubaustandards müssen verbindlich nicht nur energie-, sondern auch ressourcenschonend sein. Bevor Neubau genehmigt wird, müssen Bestandsgebäude auf ihr Um-Nutzungspotenzial geprüft werden. Neubau und damit zusätzliche Ressourcenverbräuche (Material, Energie, Fläche, Wasser) müssen die letzte Option werden.

² Vgl. https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/energiesparen_heizkessel_gutachten.pdf

Sektor	Maßnahmen mit direkter Wirkung	Zur Umsetzung bis zum Winter 2022 / 2023	Langfristige Weichenstellung
Industrie	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Energieeffizienzmaßnahmen, die in vorgeschriebenen Energieaudits oder Energiemanagementsystemen als wirtschaftlich umsetzbar identifiziert wurden, müssen verpflichtend umgesetzt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die bestehende Energieaudit-Pflicht muss auf alle öffentlichen Gebäude und Unternehmen mit einem jährlichen Energieverbrauch von mindestens 100.000 kWh ausgeweitet und dabei in eine Pflicht zur Einrichtung eines deutlich wirksameren Energiemanagementsystems weiterentwickelt werden. Die Pflicht zur Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen muss dabei dauerhaft verankert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Kreislaufwirtschaft muss gestärkt werden. Um dies zu forcieren, braucht es eine ambitionierte Ressourcenpolitik und eine verlässliche Gesetzgebung, etwa im Rahmen eines Ressourcenschutzgesetzes, bestehend aus übergeordneten, konkrete Ressourcenschutzziele sowie stoffgruppenspezifischen Unterzielen.³ ➤ Unverpackt und Mehrweg müssen das neue Normal werden, dafür muss ein Stufenplan (inkl. Sanktionen bei Nichteinhaltung) zur Erreichung der im Verpackungsgesetz festgelegten Mehrwegquote von 70 Prozent für Getränkeverpackungen festgelegt werden. ➤ Über Getränkeverpackungen hinaus soll zudem für Lebensmittelverpackungen eine Mehrweg-Quote von 15 Prozent bis zum Jahr 2025 und 30 Prozent bis zum Jahr 2030 festgelegt werden. Für Online-Versandverpackungen soll 30 % ab 2025 und 50 Prozent % ab 2030 gelten und für Transport-

³ Weitere Informationen unter: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/ressourcen_und_technik/ressourcen_Policy_Brief_Ressourcenschutzziel.pdf

			verpackungen (Business-to-Business) von 70 % ab 2025.
Sektor	Maßnahmen mit direkter Wirkung	Zur Umsetzung bis zum Winter 2022 / 2023	Langfristige Weichenstellung
Sektorübergreifend	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Breitenwirksame Informationskampagnen und kostenlose Vor-Ort-Energiesparberatungen für alle öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Verbraucher*innen, kostenlose Sanierungsfahrpläne für alle Gebäude-Eigentümer*innen. Dabei Aktivierung und unbürokratische Unterstützung lokaler Akteure für die Umsetzung. ➤ Die Bundesregierung muss zeitnah eine umfassende Analyse veröffentlichen, die darlegt, welche Energiereduktions-Potenziale durch Suffizienz- und industriepolitische Maßnahmen bis zum Winter 2022/2023 gehoben werden können. ➤ Potenziale der öffentlichen Beschaffung nutzen: Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Einkaufs- und Vergabe macht von ca. 500 Mrd. Euro pro Jahr konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten: Wesentliche Energieeinsparungen sind möglich und müssen sofort in die Wege geleitet werden. Beschlossene Verwaltungsvorschriften und Programme von Bund und Ländern für eine klimaneutrale Verwaltung müssen umgehend umgesetzt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verbindliche Primär- und Endenergiesparziele sind festzulegen und Energiesparen und Energieeffizienz als Grundpfeiler der Energiepolitik in allen relevanten Planungs-, Gesetzesprozessen und Förderprogrammen zu verankern. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Planung und Aufbau von Transport- und Importinfrastrukturen für grünen Wasserstoff und seine Derivate. ➤ Der Ausstieg aus fossilem Gas muss bis spätestens 2040 erfolgt sein, in einzelnen Bereichen wie dem Stromsektor bereits bis spätestens 2035. Dafür braucht es einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen analog zum Kohleausstieg. ➤ Abbau umweltschädlicher Subventionen, wie Energiepreisprivilegien der Industrie.